

Antrag von Gerd Kleiber (parteilos)

Der Gemeindeverwaltung möge die Einführung einer Verpackungssteuer auf Einwegverpackungen für ortsansässige Betriebe (Gastronomie) prüfen und dem Gemeinderat einen entsprechenden Beschlussvorschlag unterbreiten.

Begründung:

Das Bundesverfassungsgericht hat festgestellt, dass eine Verpackungssteuer verfassungsgemäß ist und im Verfügungsbereich der jeweiligen Gemeinde liegt. Auch Kirchheim hat ein Müllproblem, u.a. mit MacDonalds entlang der Staatsstraße sowie z.B. Verpackungen (Pizza, Subway..) im Bereich REZ / Gymnasium. Daher soll die Verwaltung prüfen, wie eine Verpackungssteuer auf Einweg-Lebensmittelverpackungen im To-Go-Bereich eingeführt werden könnte.

Die Stadt Tübingen hat die Steuer im Jahr 2022 eingeführt und jetzt im Rechtsstreit gesiegt. Weitere Informationen bzgl. Umsetzung und Erfahrungen in den nachfolgenden links:

<https://kommunal.de/Tuebingen-Verpackungssteuer-rechtsens-Erfahrungen>

<https://www.tuebingen.de/verpackungssteuer>